

Politische Bildung und Demokratie

Ziel: Politische Bildung hat die besondere Aufgabe und Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger zu politischem Engagement als zentralem Instrument zum Schutze der demokratischen Politik und Gesellschaft zu motivieren und zu befähigen. Politische Bildung muss dabei jedoch auch den Aspekt praktischer Erfahrung umfassen.

Handlungsempfehlungen

- 1) Politische Bildung muss die Bedeutung des Wertpluralismus lehren, um die interne Fähigkeit zum Ausgleich, aber auch zum Aushalten von Konflikten zu stärken.

Das derzeit von der Bundesregierung diskutierte Instrument der so genannten „Demokratie-Erklärung“ wurde von den anwesenden Experten als kontra-produktiv kritisiert. Jugendverbände, die sich seit Jahrzehnten für demokratische Teilhabe und Befähigung engagieren, würden darüber neuerdings inkriminiert.

- 2) Der Bildungsbegriff, der politischer Bildung zugrunde liegt, muss erweitert werden, indem soziale, politische und berufliche Bildung stärker zusammengedacht werden müssen als in der Vergangenheit.

Zu diesem Zweck muss die Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsträgern verbessert werden. Politische Bildung muss gerade auch nach Abschaffung der Wehrpflicht in den Freiwilligendiensten angeboten werden, um auf den Wegfall politischer Erwachsenen-Bildung durch die Bundeswehr zu reagieren.

- 3) Politische Bildung muss Bürger befähigen, Anliegen der persönlichen Betroffenheit, wie es sich besonders im Fall von Bürgerinitiativen beobachten lässt, in politische Anliegen und schließlich in politische Aktion zu transformieren.

- a) Gerade für sozial unterprivilegierte und bildungsferne Gruppen trägt politische Bildung eine besondere Verantwortung, der mit Hilfe von individueller Zielgruppenarbeit begegnet werden muss.

- b) Entsprechende finanzielle Mittel für lokale Arbeit in Stadtteilen, Vereinen, Familien und ähnlichem müssen politisch zur Verfügung gestellt werden.

- c) Gerade die Qualifizierung und Unterstützung von haupt- und ehrenamtlichen Strukturen für diese neuen Zielgruppen ist durch die bisherige staatliche Förderung noch nicht ausreichend gewährleistet. Auch die Motivierung und Qualifizierung für Parteiarbeit ist als Anliegen politischer Bildung zu betrachten, um einen vitalen demokratischen Pluralismus in Deutschland zu stärken. Dafür muss das Wurzelwerk parteilicher Basisstrukturen revitalisiert werden, was allerdings stärker als derzeit in Verbindung mit der Arbeit mit Bürgerbewegungen gedacht werden könnte.